

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Christl. Bund)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Ansprecher: Amt Königstadt, Nr. 172a.

Nr. 96.

Berlin, Sonnabend, 30. November 1912.

Sechszwanzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Der christliche Gewerkschaftskongress und die päpstliche Enzyklika. — Zur sozialen Lage der Arbeiter in Ostpreußen. — Heimarbeit. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Leit. — Verbands-Leit. — Briefkasten. — Anzeigen.

Der christliche Gewerkschaftskongress und die päpstliche Enzyklika.

Am 26. November hat in Essen die außerordentliche Generalversammlung des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften stattgefunden, die Stellung zu nehmen hatte zu der vom Papste erlassenen Kundgebung. Die Tagung hat den erwarteten Verlauf genommen. Die christlichen Gewerkschaften haben erklärt, daß es bei ihren Dresdener Beschlüssen bleibe und durch die Enzyklika daran nicht das geringste geändert werde.

Geleitet wurde die Versammlung von dem Vorsitzenden des Gesamtverbandes, Reichstagsabg. Schiffer, der in seiner Begrüßungsrede ausdrücklich darauf hinwies, daß die Reichsregierung den Inhalt der päpstlichen Enzyklika vor der Veröffentlichung nicht gekannt habe und Wert darauf lege, daß diese Tatsache öffentlich bekannt gemacht werde. Das Hauptreferat über „Die durch die päpstliche Enzyklika geschaffene Lage“ hatte Generalsekretär Stegerwald-Stölin übernommen, der die schwierige Aufgabe nicht ungenügend löste. Seine Rede, die ungemessen scharfe Wendungen nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern auch besonders gegen die katholischen Fachabteilungen Berliner Richtung enthielt, ließ mit aller Deutlichkeit erkennen, wie schwer die christlichen Gewerkschaften durch die päpstliche Kundgebung getroffen worden sind. Er sprach von der großen Beunruhigung, die in den Kreisen ihrer Mitglieder hervorgerufen worden ist und machte kein Geheh über die Erbitterung, die unter den christlichen Führern herrscht. Reichstagsabg. Giesberts, der am Schluß der Versammlung noch das Wort ergriff, unterstrich diese Ausführungen, indem er erklärte, daß die Stimmung in den Arbeiterkreisen eine noch viel schärfer sei, als auf dem Kongress zum Ausdruck gekommen sei. Den Kern der Stegerwaldschen Ausführungen bildete eine Interpretation, d. h. Auslegung der Enzyklika, die von dem Bischof Dr. Saulte in Baderborn verfaßt und von dem Kardinal Dr. Kopp-Breslau gebilligt worden ist. Diese Interpretation hat folgenden Wortlaut:

1. In dem Satz: „Die soziale Frage und die mit ihr verknüpfte Streitfrage über Charakter und Dauer der Arbeit, über Lohnzahlungen, über den Arbeiterstreik sind nicht rein wirtschaftlicher Natur und somit nicht zu deren zu zählen, die mit Hintansetzung der kirchlichen Obrigkeit beigelegt werden können“, ist die letztere Wendung nicht so zu verstehen, als ob die kirchliche Obrigkeit beansprucht, mit der praktischen Entscheidung solcher Fragen in den einzelnen Fällen irgendwie befaßt zu werden. Die Wendung befaßt vielmehr, daß die Kirche das Recht und die Pflicht habe, zu beratigen Streitfragen, insoweit sie das Sittengesetz berühren, auch ihrerseits Stellung zu nehmen und durch Hinweis auf die richtigen Grundsätze, die in Betracht kommen, den Gläubigen vor sittlich-religiösen Schäden zu bewahren.

2. Der Satz: „Daraus folgt, daß beratigende sogenannte konfessionell katholische Vereinigungen sicherlich in katholischen Gegenden und außerdem in allen anderen Gegenden, wo anzunehmen ist, daß durch sie den verschiedenen Bedürfnissen der Mitgließer genügend Rücksicht gebracht werden kann, geründet und auf jede Weise unterstützt werden müssen“, bezieht überall dort als eine Vorbedingung des apostolischen Stuhles zu Recht, wo nicht die für Deutschland bezüglich der christlichen Gewerkschaften gemäß den Wünschen der Bischöfe vor-

gelehnte Ausnahmezeitung zutrifft. Eine Aufteilung der deutschen Diözesen, deren Bischöfe für ihr ganzes Diözesangebiet um Zulassung der christlichen Gewerkschaften gebeten haben, in solchen Gebieten, wo das Feld der Berliner Richtung sein soll, und in anderen Gebieten, wo christliche Gewerkschaften existieren dürfen, ist in der Enzyklika durchaus nicht angeordnet worden. Eine solche Aufteilung des Diözesangebietes brächte, was der Heilige Vater gerade verhüten will, erst recht Wirrwarr und Unfrieden.

3. Die Mahnung des Heiligen Vaters an die Bischöfe, „sorgfältig das Verhalten dieser Vereinigungen zu beobachten und darüber zu wachen, daß den Katholiken aus der Anteilnahme an ihnen kein Nachteil erwächst“, erklärt sich in ihrem letzten Teil von selbst und in ihrem ersten Teil aus dem vorhergehenden Satz, an dem sie mit dem Wort „darum“ angeknüpft ist. Es wird niemand den Bischöfen das Recht bestreiten können, sich zu orientieren über irgendwelche Organisationen, also auch ob die hier in Rede stehenden christlichen Gewerkschaften grundsätzlich oder tatsächlich zur Kirche oder kirchlichen Lehre in Gegensatz treten. Die Beobachtungspflicht der Bischöfe bezieht sich nicht auf die wirtschaftliche Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften, sondern darauf, ob den katholischen Arbeitern aus der Mitgliedschaft kein sittlich-religiöser Schaden erwächst.

4. Bei dem Satz „Sollte unter ihnen noch irgendeine Schwierigkeit entstehen, so ist zu deren Lösung der gewiesene Weg folgender: Sie sollen sich an ihre Bischöfe um Rat wenden, und diese werden die Sache an den apostolischen Stuhl berichten, von welchem sie entschieden wird“ ist nicht gemeint, daß gewerkschaftliche Schwierigkeiten von den Bischöfen dem Heiligen Vater zur Entscheidung vorgelegt werden sollen. Es handelt sich vielmehr, wie aus dem vorhergehenden Satz ergibt, lediglich um die päpstliche Mahnung an die deutschen Katholiken, fortan bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten auf dem richtigen Instanzwege zu bleiben und die Befämpfung untereinander einzustellen. Es ist fraglos das Recht der Katholiken, in ihren Gewissensangelegenheiten den Rat beziehungsweise die Entscheidung ihrer kirchlichen Oberen einzuholen.

5. Die Wendung im vorletzten Abschnitt der Enzyklika „Wo in Betracht der Ortsverhältnisse die kirchliche Obrigkeit es für gut befunden hat, solche Gewerkschaften unter gewissen Vorkehrungsregeln zuzulassen“ bedeutet keine Einschränkung gegenüber der generellen Fassung, in der im Abschnitt „in dieser Hinsicht“ die Zulässigkeit der christlichen Gewerkschaften für die deutschen Protestanten erklärt worden ist.“

Stegerwald und seine Freunde sind mit dieser Interpretation zufrieden; sie sind offenbar sehr bescheiden. Er erklärte, daß die christlichen Gewerkschaften ihr Ausbreitungsgebiet sich nicht einengen lassen, daß den Berlinern die Möglichkeit genommen sei, die christlichen Gewerkschaften fürderhin zu verfeinern und daß eine kirchliche Beaufsichtigung der Gewerkschaften in ihren Einzelmaßnahmen undurchführbar sei. Sollte man nicht aufhören mit den ewigen Beunruhigungen, welche die Bewegung auf die Dauer nicht weiter ertragen könne, dann müßten sich die christlichen Gewerkschaften eventuell zu einer Titeländerung entschließen.

Das Referat wurde natürlich mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion kamen die Führer der einzelnen Gewerkschaften zum Worte, die ihre Uebereinstimmung mit den Ausführungen Stegerwalds zum Ausdruck brachten. Die Kundgebung hat nach außen hin einen gewissen Eindruck gemacht. Das Resultat ist, daß die christlichen Gewerkschaften trotz mancher scharfen Worte sich tödlich unterworfen haben. Denn trotz der bischöflichen Interpretation und trotz aller hochtönen- den Reden ist die Tatsache nicht aus der Welt geschafft worden, daß der Papst den rein katholischen Fachabteilungen Lob und Vertrauen, den interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften dagegen

stärkstes Mißtrauen ausgesprochen hat. Diese Verschiedenheit der Wertschätzung durch das Oberhaupt der katholischen Kirche wird sicherlich nicht ohne Einfluß auf gläubige Gemüter bleiben. Sie werden der Ueberzeugung sein, ein wohlgefalliges Werk zu tun, wenn sie sich den vom Papste belobten Fachabteilungen anschließen. Dieser Richtung ist damit der Weg geebnet, was wir auf das lebhafteste bedauern müssen. Denn das religiöse Moment, das ohnehin schon zur Zerspaltung der Arbeiterbewegung beigetragen hat, wird dadurch noch verstärkt, der Miß in der Arbeiterkraft noch vergrößert. Außerdem bedauern wir jeden Nachschuß der Fachabteilungen Berliner Richtung deshalb, weil dieselben weder in der Lage, noch gewillt sind, ernstlich für die Verbesserung der Lage der Arbeiter einzutreten.

Für die in den christlichen Gewerkschaften vorhandenen evangelischen Arbeiter, die nach den auf der Generalversammlung gemachten Angaben etwa ein Fünftel der Mitgliedschaft betragen, wird es sicherlich kein erbebendes Gefühl sein, sich unter der Aufsicht und Leitung des katholischen Klerus zu befinden. Die Stimmung, die in diesen Kreisen herrscht, charakterisiert folgender Passus aus der letzten Nummer der christlich-sozialen Wochenchrift „Die Arbeit“, an der der Reichstagsabg. Behrens eifrig mitarbeitete:

„Wenn wir heute die Folgen der Gewerkschafts- enzyklika übersehen, dann wundern wir uns nur, daß die Regierung, die sonst so scharf ihre nationalen Hoheitsrechte zu wahren weiß, sobald es sich um einige Intellektuellen wie beim Roderichsabend handelt, jetzt andauernd schweigt, obwohl man aus Italien in derger Weise die jauchlich gewöhnlichen Rechte Hunderttausender ihrer Staatsbürger beschneidet und tief in die nationalwirtschaftlichen Verhältnisse des deutschen Volkes eingreift. Heute ist die päpstliche Würdung der Enzyklika der erste Versuch, vom Auslande aus in unsere national-wirtschaftlichen Verhältnisse einzugreifen, gemacht. Gelingt es, so haben wir bald weitere Versuche zu erwarten. Diesmal handelt es sich „nur“ um die Arbeiter — da schläft der gute Vater Staat. Ob der Vater Staat auch schlafen wird, wenn es sich um die Fabrikanten, Lehrer oder — es ist ja alles möglich! — um die Offiziere handelt? Man lache nicht, wir trauen nach den bisherigen Erfahrungen mit dem jetzigen Papi Rom alles zu.“

Sicherlich haben die Führer der christlichen Gewerkschaften in diesen schweren Wochen erkannt, wie verkehrt es ist, die Arbeiterbewegung mit religiösen oder kirchlichen Dingen zu verquiden. Stegerwald hat selbst ausgesprochen, — eine Ansicht, mit der er übrigens nicht vereinzelt dasteht, — daß man gegebenenfalls bereit sei, das Wort „Christlich“ aus der Firma zu streichen. Das charakteristische Merkmal jener Bewegung wäre dann noch das Festhalten am nationalen Standpunkt und die Gegnerschaft zur Sozialdemokratie. Dann aber möge man uns einmal sagen, worin der Unterschied zwischen den christlichen Gewerkschaften und den Deutschen Gewerkevereinen besteht. Dann möge man uns ferner einmal den Nachweis erbringen dafür, daß es notwendig war, sogenannte christliche Gewerkschaften überhaupt zu gründen. Für uns Gewerkevereine sind alle diese Vorgänge eine glänzende Rechtfertigung und der beste Beweis, daß wir uns auf dem richtigen Wege von jeher befunden haben. Wenn die päpstliche Enzyklika in den christlichen Gewerkschaften die Erkenntnis verbreitet hat, daß nur auf wirklich neutralem Boden, wie wir dies stets vertreten haben, eine gesunde Arbeiterbewegung gedeihen kann, so würde sie sich, um ein Dichterwort zu gebrauchen, erwiehlen haben als ein Teil von jener Kraft, die das Böse will und doch das Gute schafft.

Zur sozialen Lage der Arbeiter in Rußland.

Rußland ist in der Hauptsache ein Landwirtschaft treibendes Land. Von den insamamt 138 Millionen Einwohnern im europäischen Rußland belegen die Städte nur ungefähr den siebenten Teil. Die überwiegende Mehrzahl wohnt auf dem Lande. Trotzdem ist eine erhebliche Zunahme der gewerblichen Arbeiterkraft zu verzeichnen. Im Jahre 1901 unterstanden im ganzen 18 102 Betriebe mit 1,7 Millionen Arbeitern der Fabrikinspektion. Im Jahre 1910 betrug die Zahl nach dem starken Rückgang in den Jahren 1905 und 1906 noch 15 080 Betriebe mit 1,9 Millionen Arbeitern. Ende 1911 aber erstreckte sich die Aufsicht der Fabrikinspektoren schon wieder über 16 600 Betriebe mit 2,0 Millionen Arbeitern. Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß in diesen Zahlen nicht die gesamte Arbeiterkraft Rußlands enthalten ist. Es fehlen die Arbeiter der Bergwerke und Fabriken, die den Ministerien der Landwirtschaft, der Reichsdomanen, des Verkehrswezens, des Kriegs und der Marine unterstehen oder der Krone gehören. Bemerkenswert ist, daß die Großbetriebe seit Anfang dieses Jahrhunderts eine beträchtliche Zunahme aufweisen. Die Zahl der im Jahre 1901 beschäftigten jugendlichen und erwachsenen Arbeiterinnen machte 26,8 Proz. der gesamten Arbeiterkraft aus; im Jahre 1911 war dieser Satz auf 31,1 gestiegen.

Ueber die Lebenshaltung russischer Industriearbeiter geben zwei Arbeiten Auskunft, die sich auf Haushaltbudgets Petersburger Arbeiter und Arbeiterinnen stützen. Der ersten Arbeit liegen die Antworten aus 570 Fragebogen zugrunde, die von Mitgliedern der Berufsorganisationen, Arbeiterbildungsvereine und Konsumvereine ausgefüllt sind. Von den 570 Auskunfterteilern wohnten 263 allein und 307 in Familien. Aus den Angaben über Einnahmen und Ausgaben geht hervor, daß die an der Erhebung beteiligten Arbeiter nicht ganz dem Durchschnitt der Petersburger Arbeiter entsprechen. Denn ihr Lohn ist durchschnittlich 1½ mal so groß wie der der übrigen Fabrikarbeiter. Daraus ergibt sich, daß die Betroffenen der höheren Schichten der Petersburger Arbeiterkraft angehören. Das geht auch daraus hervor, daß unter den in der Erhebung Einbezogenen nur wenig Analphabeten zu treffen waren, während nach der letzten Volkszählung vom Jahre 1897 nur 68,9 Proz. der Arbeiter der Stadt Petersburg des Lesens kundig waren.

Was die Ausgaben anbetrifft, so betragen die vielen 100—200 Rubel — den Rubel zu 2,16 R. gerechnet — bei 5 Alleinwohnenden, 200—300 Rubel bei 34 Allein- und 3 in Familien Wohnenden, 300—400 bei Allein- und 11 in Familien Wohnenden. Für den Betrag von 400—500 Rubel sind die entsprechenden Zahlen 69 und 27, für 500—600 für beide Kategorien 51, für 600 bis 700 Rubel 22 und 47, für 700—800 Rubel 6 und 60, bei 800—900 Rubel 2 und 41, bei 900—1000 Rubel 4 und 29, bei 1000—1100 Rubel 1 und 12, 1100—1200 Rubel gaben nur 11 und mehr als 1200 Rubel nur 15 in der Familie Wohnende aus. Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß, je größer die Familie, umso höher das Budget ist. Bemerkenswert ist, daß ein erheblicher Teil der Arbeiter Beziehungen zum Lande und zur Landwirtschaft hat; in besonderer Maße ist dies bei den Alleinwohnenden der Fall.

Die Einnahmen der Alleinwohnenden belaufen sich im Durchschnitt auf 442,40 Rubel pro Arbeiter, wozu noch ein durchschnittlicher Nebenverdienst von 1,89 Rubel kam. Der Durchschnittsverdienst der in der Familie lebenden Arbeiter war etwas höher und betrug 489,56 Rubel, wozu vielsach noch ein Nebenverdienst aus Einnahmen für Zimmer- und Schlafstellervermietungen kam. Auf die Wohnung verbanden die Alleinwohnenden durchschnittlich 65,52 Rubel oder 14,68 Proz. Für die Beschaffenheit der Schlafgelegenheit sind folgende Ziffern charakteristisch: 6 Alleinwohnende hatten eine halbe Britische, 48 eine Britische, 82 eine Schlafstelle, 38 ein halbes Zimmer, 77 ein Zimmer und 2 eine Wohnung. Bei den in Familie Wohnenden waren die Ausgaben für Wohnung natürlich größer und betragen durchschnittlich 155,23 Rubel oder 20,74 Proz. der Ausgaben. Von den 307 Familien hatten 2 nur eine Britische, 12 eine Schlafstelle, 2 ein halbes Zimmer, 42 ein Zimmer, 53 eine Wohnung mit Untermietern und 87 eine Wohnung ohne Untermieter.

Für Kleidung gaben die Alleinwohnenden im Durchschnitt 13,77, die Arbeiter in Familien 12,15 Proz. aus. Der Aufwand für Nahrungsmittel erforderte bei den Alleinwohnenden im Durchschnitt 166,50 Rubel oder 37,3 Proz. der Ausgaben. Bei den Arbeitern mit Familie be-

trugen diese Zahlen 364,83 Rubel oder 48,74 Proz. Für Spirituosen, Tabak und Spiele gaben die Alleinwohnenden durchschnittlich 45,35 Rubel aus, das sind 10,20 Proz. der Ausgaben, die in Familien Wohnenden 40,13 Rubel oder 5,36 Prozent der Ausgaben. Besonders hoch ist die Ausgabe für Spirituosen bei den Arbeitern, welche die schlechtesten Unterkommen haben. Das gilt sowohl für die Alleinwohnenden als auch für die Arbeiter mit Familie. Der Aufwand für Zwecke der Hygiene betrug bei den Alleinwohnenden durchschnittlich 15,57 Rubel oder 3,49 Proz., bei den Familien 24,57 Rubel oder 3,28 Proz. Die Kosten für ärztliche Hilfe belaufen sich auf 0,91 und 1,25 Proz. Geitige und soziale Bedürfnisse erforderten bei den Alleinwohnenden 6,43 Proz., bei den Familien 4,75 Proz. Einen recht erheblichen Posten machen die Geldleistungen nach dem Lande, also in der Regel an Verwandte, aus. Sie betragen im Durchschnitt bei den Alleinwohnenden 48,85 Rubel oder 10,94 Proz., während sie bei den in Familie Wohnenden nur 16,18 Rubel oder 2,16 Proz. der Gesamtausgaben ausmachen. Die Steuern betragen bei den Alleinwohnenden 0,51, bei den in Familie Wohnenden 0,57 Proz. der Ausgaben.

Sehr interessant ist auch der Einblid, den die in der eingangs erwähnten zweiten Arbeit behandelten Haushaltbudgets von Arbeiterinnen gewähren. Es handelt sich dabei nur um 5 Budgets, von denen 2 von alleinstehenden Arbeiterinnen herrühren. Ihre Einnahmen belaufen sich auf 300 bzw. 273 Rubel, von denen sie 25 bzw. 10 Rubel nach der Heimat senden. Die Ausgaben für Nahrung betragen bei beiden rund 50 Proz. Trotzdem nimmt die erste Arbeiterin nie warme Speisen, sondern nährt sich durchweg von kalter Kost, während die zweite täglich ein warmes Essen mit ½ Pfund Fleisch zu sich nimmt. Die Ausgaben für Wohnung betragen für beide rund 15 Prozent der Ausgaben. Dafür erhält die eine eine Schlafstelle in einem zweieinigen Zimmer, das sie mit einer Familie, bestehend aus Mann, Frau und Kind, teilt; die zweite wohnt mit zwei Arbeiterinnen zusammen in einem kleinen einseitigen Zimmer. Kleidung und Wäsche beanspruchen über 15 bzw. über 22 Prozent der Ausgaben. Unter den sonstigen größeren Ausgaben sind 6,24 Rubel für Fahrgebel, 2,40 bzw. 5,55 Rubel für Vereinsbeiträge, 9,16 Rubel bzw. 14,40 Rubel für Körperpflege und Wäschereinigung aufgeführt. Nur beim zweiten Budget finden sich Ausgaben für Alkohol, nämlich 6 Rubel zur Feier des Namens-tages bei den Feiertagen aufgeführt.

Das dritte Budget stammt von einer 45jährigen Frau, die mit ihrer 19jährigen Tochter zusammen lebt; beide arbeiten in der Fabrik und verdienen 325 Rubel, von denen sie 12 Rubel dem verbannten Bruder senden. Die Ernährung erfordert rund 44 v. S. der Ausgaben, trotzdem werden warme Speisen nur an Sonntagen genossen. Beide Frauen bewohnen zusammen ein kleines einseitiges Zimmer, dessen Bezahlung 17 v. S. der Ausgaben erfordert. Kleidung und Wäsche beanspruchen über 25 v. S. der Ausgaben, die Neuan-schaffungen entfallen fast ausschließlich auf die Tochter, da die Mutter deren abgelegte Kleider für sich zurecht macht. Unter den größeren sonstigen Ausgaben sind 11 Rubel für Körperpflege sowie 6 Rubel für religiöse Bedürfnisse; davon ist der größte Teil ebenso wie bei den folgenden Budgets allerdings für Del für die Lampe vor dem Seilgenbilde ausgegeben, die gleichzeitig wohl zur Beleuchtung des Zimmers dient.

Das vierte Budget ist von einer 30jährigen Frau, die zwei 7- und 10jährige Kinder zu unterhalten hat und seit 9 Jahren in der Fabrik arbeitet. Ihr Verdienst beläuft sich auf 307 Rubel. Sie hat für sich und ihre Kinder in einem Fabrikarbeiterhaus eine halbe Schlafstelle gemietet, deren Bezahlung etwa 11 v. S. ihrer Ausgaben erfordert. Für die Ernährung, die hauptsächlich aus Brot besteht, wendet sie 65 v. S. der Ausgaben auf; Kleidung und Wäsche nehmen fast 20 v. S. der Ausgaben fort. Für religiöse Bedürfnisse werden hier 7 Rubel verausgabt.

Das Budget Nr. 5 ist von einer 44jährigen Frau geliefert, die einen 9jährigen Knaben zu ernähren hat. Ihre Einnahmen hat sie auf 174 Rubel angegeben, die Summe der Ausgaben ist 52 Rubel höher. Sie hat eine ganze Bettstelle in einem Fabrikarbeiterhaus gemietet, deren Kosten über 18 v. S. der Ausgaben betragen; in dem Zimmer wohnen fünf Erwachsene und vier Kinder zusammen. Der Nahrungsmittelaufwand macht 59 v. S. der Ausgaben aus. Für Kleidung und Wäsche sind hier 10 v. S. der Ausgaben angegeben, ferner noch 5 Rubel für Medizin und 3½ Rubel für religiöse Bedürfnisse.

Diese knappe Darstellung läßt erkennen, daß in Rußland die sozialen Zustände denn doch noch erheblich schlechter als bei uns sind. Deshalb ist dem russischen Volke eine freiere Verfassung jeher wohl zu gönnen, die allein auch der Arbeiterkraft mehr Rechte und damit die Möglichkeit geben kann, aus eigener Kraft heraus durch die Organisation eine Besserung ihrer Lage herbeizuführen.

Heimarbeit.

Ein großer Teil der deutschen Spielwaren wird durch Heimarbeiter hergestellt. Die Heimat der Metallspielwaren, wie Trompeten und Weisoldaten, ist die Gegend um Nürnberg-Gürth, während Christbaumzinn, Kuppen, Belg- und Solztiere aus dem Thüringer Land, namentlich um Sonneberg, stammen. An railloier Arbeit haben in der „Zaion“ alle Familienmitglieder in jedem Hause — vom alten Mütterchen bis zum jüngsten Kinde — geschäftigt, um all die Spielwaren zur Weihnachtszeit fertig zu stellen.

Wieweil Heimarbeiterelend und Kindernot wirft kaufen mit den Puppen, Weisoldaten, Feitungen, Trompeten, Trummeln, Pfeifen erfahren wir selten. Wir wissen nichts von den fleißigen Händen, die gearbeitet haben, damit anderen, glücklicheren Kindern Weihnachtsfreude bereitet werden könne. Aber erschrecken wir nicht, wenn wir einmal hören, daß z. B. ein Holzschneider, der täglich etwa 15 Stunden an Holzspenden arbeitet, damit in der Woche 2,16 bis 7,42 Mk. verdient? Die „Trücker“, welche aus Papiermache Puppenköpfe und -arme formen, haben 4/—7/9 Bta. Nebenverdienst in der Stunde. Für ein Duzend wisenbestekter Puppenhöschchen bekommt eine Näherin 1½ Pfennig. Wer will es dieser Mutter veraragen, daß sie auch ihr dreijähriges Neithädchen schon bei der Arbeit mit anstellt und es lehrt, leichte Sandgriffe zu machen!

Und ähnliche Verhältnisse können wir in anderen Zweigen der Hausindustrie finden, sei es bei der Wäschefabrikation, der Mantelherstellung, Nebenleidlich ausreichenden Löhnen muß immer auch von unzulänglichen berichtet werden, die die Arbeiterinnen zu überlanger Arbeitszeit, zur Heranziehung der Kinder zu allerlei Mißleistungen zwingen, die es ihnen unmöglich machen, sich und den Kindern die notwendigen Erholungsstunden zu gönnen. Für viele von ihnen ist das Leben ein einzig langer Arbeitstag, der nur Hunger und Mitleidigkeit auslöst.

Durch Heimarbeiter-Kongresse und Ausstellungen hat man von Zeit zu Zeit versucht, das öffentliche Interesse auf das Problem der Heimarbeit und ihrer Reform zu lenken. Auch die Regierungen haben sich mit dieser Frage beschäftigt. Mit dem vom letzten Reichstage angenommenen Hausarbeitsgesetz vom 20. Dezember 1911 ist nur ein schwacher Anfang zu einer gezielten Regelung der Verhältnisse, unter denen die Heimarbeiter zu arbeiten und meist auch zu leben haben, gemacht.

Doch nicht durch die Gesetzgebung allein kann die Heimarbeiterfrage gelöst werden, daran müssen alle Kreise mitwirken, und zu diesen Kreisen gehört nicht zuletzt das kaufende Publikum! Die Konsumenten sollten bei jedem Einkauf bedenken, daß sie dadurch zur Verbesserung oder zur Verschlechterung der Lage derjenigen beitragen können, deren Arbeit sie zugleich mit der Ware kaufen. Wie oft aber zwingen die Käufer statt dessen durch ihr Verlangen, nur billig zu kaufen, den Geschäftsmann zur Herabsetzung der Löhne, da er doch die Ware auch nicht verichten kann, den Preisdruck also abwälzen wird. Wie oft tragen die Käufer dazu bei, die Arbeitszeit der Heimarbeiter zu verlängern, oft gar Nachtarbeit zu verlangen, nur weil die Kundenschaft nicht rechtzeitig überlegt, was sie kaufen muß!

Wie drängen sich gerade in den letzten Wochen vor Weihnachten die Bestellungen an, so daß an eine gute Erledigung all der Aufträge gar nicht gedacht werden kann, obwohl Fabrikanten, Angestellte, Arbeiter ihre ganze Kraft anspannen, um den Wünschen des Publikums gerecht zu werden. Dieses ungeduldige Zusammendrängen der Arbeit auf einen kleinen Zeitraum ließe sich vermeiden, wenn die Käufer nur ein paar Wochen früher überlegen wollten, welche Bestellungen sie machen müssen. Und alle Beteiligten würden Vorteil davon haben, denn die Aufträge könnten ruhiger und deshalb sorgfältiger ausgeführt werden, dem Käufer bliebe außerdem die Unruhe erspart, ob die Ware auch noch rechtzeitig fertig wird. Wochen- oder monatelang sind die Waren bereit, nur die Käufer fehlen. Dieses schlechte Disponieren bei den Bestellungen hat noch einen anderen, nicht minder schweren Nachteil im Gefolge. Durch das Zusammendrängen der Saisonarbeit wird die arbeit-

frühe Zeit, die Zeit der Verdienstlosigkeit verlängert und dadurch gerade die Heimarbeiternot vergrößert. Schon durch die Beachtung dieser beiden Momente — daß durch die Sucht, nur billig zu kaufen, die Löhne gedrückt werden und durch die wüste Verteilung von Aufträgen die Heimarbeiter zu Überstunden und Nachtarbeit gezwungen werden — konnte das Publikum an der Besserung der Verhältnisse in der Heimarbeit mitwirken.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 29. November 1912.

Der deutsche Reichstag hat am Dienstag seine Arbeiten wieder aufgenommen. In der ersten ordentlichen Sitzung am Mittwoch mußte zunächst die Wahl des Präsidenten vorgenommen werden. Von 371 im ganzen abgegebenen Stimmen entfielen auf den früheren Präsidenten Dr. Raempp 190, jedoch er das höchste Ehrenamt, das das deutsche Volk zu vergeben hat, wieder einnimmt. Der erste Verhandlungsgegenstand war eine Interpellation über die Feuerung. Der Reichszentralrat wurde gefragt, ob er bereit sei, zur Milderung der durch die Feuerung hervorgerufenen Belastung des Volkes Schritte zu tun, daß die Einfuhrzölle auf Lebensmittel aufgehoben, die Grenzen für die Einfuhr von Vieh unter Aufrechterhaltung der unerlässlichen Sicherheitsmaßregeln geöffnet, die Einfuhr von frischem und zubereitem Fleisch fast unmöglich machenden Bestimmungen beseitigt, die Futtermittelzölle aufgehoben und die Einfuhrschleife beseitigt werden. In die Beratung konnte sofort eingetreten werden, da der Reichszentralrat sich zur Beantwortung der Interpellation bereit erklärte. Da die Beratungen zurzeit noch nicht abgeschlossen sind, werden wir später über den Verlauf kurz berichten.

Aber noch einige andere wichtige Interpellationen liegen vor. Von der Regierung wird u. a. Auskunft verlangt über die auswärtige Lage mit Rücksicht auf die Vorgänge, die sich im Osten Europas abspielen. Auch darauf will der Reichszentralrat Anfang nächster Woche antworten. Endlich haben die Fortschrittler eine Interpellation eingebracht über die Koalitionsfreiheit der Militär- und Staatsarbeiter, worauf der Staatssekretär Dr. Delbrück Mitte nächster Woche Auskunft geben will. Es stehen also überaus wichtige Beratungen bevor. Wir werden nicht versäumen, die Angelegenheiten von unsern Standpunkten aus zu besprechen.

Vergiftung und Kohlenhydrat. Auf der Generalversammlung der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Arbeitervereine hat der bekannte Grubengewaltige Stinnes einige Neußerungen getan, die den Widerspruch des preußischen Handelsministers hervorgerufen haben. Er veröffentlicht in der „Nordd. Allg. Ztg.“ einen Artikel, der ein interessantes Licht auf die Verhandlungen zwischen Vergiftung und Grubenbesitzern wirft. U. a. heißt es in dem Artikel:

„Richtig ist, daß den Verhandlungen des Vergiftung wegen Erneuerung seines Abkommens mit dem Ruhrkohlenyndikat Verhandlungen zwischen der Bergwerksdirektion in Saarbrücken und Vertretern der übrigen Saargruben, insbesondere mit Herrn Stinnes, vorangegangen sind, die eine Verständigung wegen des Verkaufs von Saarkohlen im Jahre 1913 bezweckten. Die Verhandlungen haben um deswillen nicht zum Ziele geführt, weil Herr Stinnes für die Gewerkschaft Saar und Mosel . . . die Ueberlassung einer größeren Quote verlangte, als zugestanden werden konnte. . . .“

Als der Minister dann erfuhr, daß das Kohlenyndikat, insbesondere auf Drängen von Herrn Stinnes, eine allgemeine Preishöhung der Ruhrkohlenpreise für 1913 erwäge, führte er eine Besprechung mit Herrn Stinnes herbei und legte ihm dar, daß der Fiskus zwar eine Preishöhung für Industriekohle mit Rücksicht auf die gute Lage der Eisenindustrie nicht unbedingt widersprechen würde, daß er aber eine Erhöhung der hauptsächlich für den Hausbrand bestimmten Sorten . . . nicht würde mitmachen können. In demselben Sinne sprach sich der Minister wenige Tage später noch einmal gegenüber einem andern hervorragenden Vertreter des Kohlenyndikats aus, endlich ließ er in der darauf folgenden entscheidenden Sitzung des Syndikats noch einmal durch seinen Vertreter förmlich für der beabsichtigten allgemeinen Preishöhung warnen.

Sehr bezeichnend sind auch die Schlüsse des Artikels. Sie lauten nämlich:

„Nach einer Mitteilung in der „Post“ soll Herr Stinnes gesagt haben: Die Popularität in erster Linie aus fremden Ländern beziehen zu lassen, ist auch für den Chef der Bergverwaltung unsinnig.“ Sollte diese Äußerung wirklich getan sein, sollte Herr Stinnes Popularitätssehnsucht für den Grund der vom Handelsminister eingenommenen Haltung an-

sehen, so wäre das ein Beweis, daß er kein hinreichendes Verständnis für die Aufgaben hat, die dem Fiskus als Bergwerksdirektor obliegen. Der Fiskus hat nicht lediglich die Aufgabe, auf die Höhe der Ueberschüsse zu sehen, er muß auch auf das Konsumenteninteresse billige Rücksicht nehmen. Die Einführung des fiskalischen Verbrauchs an der Saar ist gerade zu dem Zwecke erfolgt, daß der Fiskus einen Einfluß auf die allgemeine Preisbildung gewinnen sollte.“

Nach dieser Darstellung kann man die Haltung des preußischen Handelsministers nur billigen. Wir wünschen, daß er wie seine übrigen Kollegen öfter in so gewissenhafter Weise das Interesse der Konsumenten wahrnehmen. Bemerkenswert aber ist an den Darlegungen noch, wie selbstbewußt — um nicht einen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen — die preußischen Bergherren auftreten. Sie gleichen darin auf ein Paar den Krantzkern, mit denen sie überhaupt durch eine enge Seelenverwandtschaft verknüpft sind.

Arbeiterbewegung. Der Kampf der Metallarbeiter in Menden i. W. hat an Ausdehnung noch zugenommen, da die Unternehmer weiteren 1300 Arbeitern gekündigt haben. Die Zahl der Ausgeperrten steigt damit auf über 2500. — Die in der Serrentonfektion und in der Kostümbbranche beschäftigten Schneider- und Schneiderinnen in Berlin haben beischlossen, die Tarife am 1. Januar zum 1. März 1913 zu kündigen und neue Vorschläge zu machen. Für die Serrentonfektion belausen sich die Lohnforderungen auf ungefähr 10 Proz. — Auch die Schneider und Schneiderinnen der Damenmodebranche in Berlin haben die Absicht, den Tarif zum 1. März zu kündigen und eine Erhöhung der Löhne nebst Beförderung der Arbeitszeit zu fordern. — Da die Sperre über die Firma Fernfrank u. Ehrat in Glauchau nicht aufgehoben worden ist, hat der Verband sächsisch-thüringischer Färbereien die angeordnete Ausperrung vorgenommen. Etwa 10 000 Färbereiarbeiter und -arbeiterinnen in Sachsen und Thüringen sind dadurch aufs Pflaster geworfen. — In der elbischen Tabakmanufaktur in Straßburg i. E. wo seit längerer Zeit die Arbeiter im Streik standen, ist es der Firma gelungen, genügend Ersatzkräfte zu schaffen. Deshalb haben sich die Arbeiter genötigt, den Streik abzubrechen. — In Gardelegen streifen seit mehreren Wochen die Bauarbeiter. Alle Einigungsversuche sind bisher vergeblich gewesen, da die Unternehmer, die nicht einmal einer Organisation angehören, es abgelehnt haben, unter dem Vorhild des Bürgermeisters mit Vertretern der Organisation der Arbeiter zu verhandeln.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Oktober war nach dem „Reichsarbeitsblatt“ im allgemeinen gut und konnte die gegenüber dem Vorjahr erlangene Verbesserung meist noch aufrecht erhalten; doch maßen sich Zeichen einer Abwärtswendung bemerkbar.

Nach den Berichten aus der Industrie war die Beschäftigung zum Teil zufriedenstellend. Der Steinkohlenbergbau war im Ruhrgebiet, in Ober- und Niederschlesien im allgemeinen in guter Verfassung, doch wurde er in mehrungünstiger Weise von dem Wagenmangel beeinflusst. Dasselbe gilt vom mitteldeutschen Braunkohlenbergbau wie auch von der Niederrhein. In der Kobaltherzeugung hielt die gute Lage des Vormonats an. In der Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie, Kali-, elektrischen und chemischen Industrie war der Beschäftigungsgrad im allgemeinen zufriedenstellend. Auch die Textilindustrie konnte ihre gute Lage behaupten, wenn sich auch in manchen Zweigen bereits eine kleine Abwärtswendung zeigte. Die Papierindustrie hatte gut zu tun. Ebenso war das Baugewerbe in der Mehrzahl der berichtenden Städte verhältnismäßig zufriedenstellend beschäftigt.

Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad im Oktober eine Abwärtswendung gegenüber dem Vorjahr und in gewissem Sinne auch gegenüber dem Vormonat erfahren. Es ergab sich zwar am 1. November eine Zunahme der verdienstpflichtigen Mitglieder abzüglich der erwerbsunfähig frank Gemeldeten von insgesamt 13877 Mitgliedern, doch setzte sich diese Zunahme aus der beträchtlichen Abnahme von 20583 männlichen und der Steigerung von 34460 weiblichen Mitgliedern zusammen. Im Vormonate vermehrte sich der Mitgliederbestand um 51197, im vorjährigen Oktober um 48054. Gegen den Jahresbeginn ist der Beschäftigungsgrad, wenn man den Bestand am 1. Januar 1912 gleich 100

setzt, beim männlichen wie beim weiblichen Geschlecht auf 107 gestiegen. Im gleichen Monat des Vorjahrs betrug derselbe 110 bzw. 106.

Ueber die Arbeitslosigkeit im Oktober d. J. berichten 49 Verbände mit 2138199 Mitgliedern. Von diesen waren im Oktober d. J. 1.7 v. S. gegen 1.5 v. S. im Vormonat und 1.5 v. S. im Oktober 1911 arbeitslos. Es ist also gegen das Vorjahr sowie gegen den Vormonat eine Verschlechterung eingetreten.

Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für die vergleichbare Angaben vorliegen, kamen im Oktober 1912 auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 148 Arbeituchende gegen 152 im gleichen Monat des Vorjahrs und 141 im Vormonat. Daraus könnte auf eine Verschlechterung der Arbeitslage im Verhältnis zum Vormonat geschlossen werden. Bei den weiblichen Personen sind die entsprechenden Ziffern auf je 106, 114 und 92 berechnet.

Der Arbeitsmarkt in Berlin und der Provinz Brandenburg bewegte sich weiter in absteigender Linie. Die betriebende Gesamtzahl auf dem Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck hielt an. In Rheinland und in Westfalen bestand weiter günstiger Geschäftsgang. Das gleiche gilt im allgemeinen vom Arbeitsmarkt in Hessen, Sassen-Passau und Waldeck. Aus Bayern und Württemberg wird über betriebenden, aber abgemächten Geschäftsgang berichtet. In Baden war die Geschäftslage gut, zum Teil sogar recht günstig.

Die Vermittlung für landwirtschaftliche und industrielle Wanderarbeiter hat sich gegenüber dem Vormonat verringert.

Die Einnahme aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen betrug im September 188738119 Mk., d. i. 14007984 Mk. mehr als im Vormonat und 12900350 Mk. mehr als im gleichen Monat des Vorjahrs. Dies bedeutet gegen das Vorjahr eine Mehrerinnahme von 203 Mk. oder 6,09 v. S. auf 1 Kilometer.

Im reinen Warenverkehr des Spezialhandels, der die Ein- und Ausfuhr in den und aus dem freien Verkehr, sowie zur und nach der Veredelung auf inländische Rechnung umfaßt, hatte im Monat Oktober die Einfuhr in das Deutsche Reich nach den vorläufigen Feststellungen einen Wert von 920,03 Mill. Mk., die Ausfuhr einen Wert von 845,06 Mill. Mk. gegen 891,08 Mill. Mk. und 720,24 Mill. Mk. in der entsprechenden Zeit des Vorjahrs.

Für die Unzulässigkeit der „Genossen“ liefert folgender Vorgang, über den die „Veder-Ztg.“, das Organ des Vereins der Sandwichfabrikanten, berichtet, einen neuen Beweis. Es heißt da:

„Die sozialdemokratisch organisierten Sandwischmacher haben, wie man uns aus Halberstadt schreibt, an einen der bedeutendsten Ueberlandwischfabrikanten das unerbittlichste terroristische Aninnen gestellt, die im Reich-Dunderschen Verein organisierten bei ihm tätigen Leute zu — entlassen! Ja, Bauer, dieser sozialdemokratische Terrorismus ist anscheinend etwas ganz anderes als der, den die „Genossen“ ihren Genossen immer in die Schuhe schieben! — Selbstverständlich hat sich der betreffende Fabrikant gegen eine derartige Zumutung und mit Recht gewehrt! Auch die Halberstädter Kollegen des Fabrikanten und alle, die für die persönliche Freiheit des Menschen noch etwas übrig haben, erklären sich mit der Regierung, obige Forderung zu bewilligen, einverstanden!“

Es ist erfreulich, daß die Sandwischfabrikanten von Halberstadt das unerhörte Aninnen der „Genossen“ so entschieden zurückweisen. Diese Anmaßlichkeit wünschten wir andern Unternehmern auch; es wäre dies das beste Mittel, solchen Unverschämtheiten der „Genossen“ ein für alle Mal ein Ziel zu setzen. Ueber das Verhalten der Verbände, die angeblich den Kampf für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit führen, noch ein Wort zu verlieren, erübrigt sich. Aber merken muß man sich diesen Fall, wenn die Herren wieder einmal behaupten, daß von ihnen kein Terrorismus, kein Zwang gegen Andersgeinnte ausgeht wird.

Eine Berufsorganisation der Lehrer hat sich kürzlich in Spanien gebildet. Zahlreiche Ortsgruppen haben sich ihr angeschlossen. Die Hauptforderung des Verbandes ist ein Mindestgehalt von 80 Mk. monatlich und Ausbau des Schulweins, damit allen Kindern der Schulbesuch ermöglicht werde.

Diese Forderungen sind bezeichnend für die Verhältnisse in Spanien. Sie geben auch eine Erklärung für den Tiefstand der Volksbildung und die mangelhafte kulturelle Entwicklung, an der Spanien bis in die neueste Zeit hinein gelitten hat.

Gewervereins-Zeile

§ Döbeln. Eine Anerkennung für seine Tätigkeit im Interesse der Allgemeinheit ist unserm Kollegen **Wag Riedel** vom Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter zuteil geworden. Am 27. November haben die Stadtverordnetenwahlen stattgefunden. Riedel, der von den bürgerlichen Parteien als Kandidat mit aufgestellt war, erreichte mit 1106 Stimmen die größte Stimmenzahl, die überhaupt abgegeben wurde, und ist damit zum Stadtverordneten gewählt. Die Wahl ist auf einen Würdigen gefallen, denn unser Kollege wird sicherlich alle seine Fähigkeiten und Kenntnisse daran setzen, um die Arbeiterschaft zu fördern und im Interesse unserer Organisation zu wirken.

§ Erfurt. Auf einen erfreulichen Erfolg kann die Gewervereinsfrage hier zurückblicken. In der vergangenen Woche haben die Stadtverordnetenwahlen stattgefunden, nachdem ein mit höchster Erbitterung geführter Kampf getobt hat. Die „Genossen“ hatten den letzten Mann an die Wahlurne herangebracht, konnten es aber trotzdem nicht verhindern, daß sie eine schwere Niederlage erlitten. Die von den bürgerlichen Parteien aufgestellte Liste siegte mit rund 1500 Stimmen Mehrheit. Unter den Gewählten befindet sich unser Kollege **Wilhelm Kose** vom Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Mit diesem hält der erste Gewervereiner seinen Einzug in das Erfurter Stadtparlament. Er wird sicherlich alles aufbieten, um die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten und damit auch das Ansehen der Deutschen Gewervereine in der Öffentlichkeit zu fördern.

§ Guben. Am Sonntag, den 24. November, hatte die Vereinigung der Bergarbeiter Guben eine Versammlung einberufen, um ein Referat des Verbandskollegen **W. Leicher** über „Die Verhältnisse der Bergarbeiter und die Stellung des Gewervereins der Bergarbeiter (H.-D.) hierzu“ entgegenzunehmen. Der Redner erörterte eingehend die Verhältnisse der Arbeiter in den letzten 10 Jahren. Im besonderen behandelte er die Zustände im Bergbau und wies zahlenmäßig die große Unfallgefahr in diesem Gewerbe nach. Ebenso zeigte er, wie die Häufigkeit der Krankheiten das Haushaltbudget der Bergarbeiter außerordentlich beschwere. Seien doch im Jahre 1909 im Oberbergamtsbezirk Halle, auf 100 Versicherte 54,6 Krankheitsfälle zu verzeichnen gewesen; im Durchschnitt ist die Zahl der Krankentage auf 17,20 berechnet worden. Das Krankengeld pro Kopf der Belegschaft in demselben Bezirk ist in den Jahren 1906—1909 von M. 11,50 auf M. 15,76 gestiegen. Wenn wir diese Zahlen betrachten und dem gegenüber die Lohnverhältnisse im Oberbergamtsbezirk Halle einer Prüfung unterziehen, dann muß konstatiert werden, daß hier geradezu bedauerliche Verhältnisse eingetreten sind. Sei doch ein Durchschnittsjahresverdienst im Jahre 1907 von M. 1296 gegen M. 1122 im Jahre 1911 laut amtlicher Statistik zu verzeichnen.

Alle diese Dinge verlangen mit gebieterischer Notwendigkeit, daß die Bergarbeiter endlich einmal sich aufraffen und eine Forderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anstreben. Hierzu gibt es kein anderes Mittel als die Organisation. Dieselbe könne aber nicht in einer lokalen, sondern nur in einer zentral gerichteten Organisation bestehen. Nun bestanden für die Bergarbeiter eine Reihe derartiger Organisationen, und es sei deshalb notwendig zu prüfen, welche die

richtige sei. Nun legte Kollege **W. Leicher** eingehend den Standpunkt des Gewervereins der Bergarbeiter dar und schilderte mit warmen Worten die Einrichtungen desselben. Am Schluß seiner Ausführungen forderte er die anwesenden Bergleute auf, das Ausgeführte zu prüfen und dann dementsprechende Entschlüsse zu fassen. Lebhafter Beifall lohnte den Referenten durch die Versammlung, die auch zahlreich von Ortsverbandsmitgliedern besucht war. In der Diskussion schilderte **Kamerad Kessler** seine früher gemachten Erfahrungen mit dem alten Verbands- und zeigte, wie durch die jetzt seitens der Grubendirektion verübten Abzüge die Notwendigkeit der Organisation gegeben sei. Er dankte dem Referenten für seine Ausführungen und forderte sämtliche Bergarbeiter auf, dem Gewerverein beizutreten. Darauf sprach noch der Ortsverbandsvorsitzende **Kosch** und einige andere Kollegen. Inzwischen hatten sich sämtliche anwesende Bergarbeiter zur Aufnahme in den Gewerverein der Bergarbeiter eingetragen und konnte die Gründung eines Ortsvereins vollzogen werden. Nach einem begeistert aufgenommenen Schlußwort des Referenten **W. Leicher** wurde sodann die Versammlung mit einem drausenden Hoch auf den Gewerverein der Bergarbeiter geschlossen.

§ Gagen i. W. Am 10. Dezember finden die Gewervereinswahlen zu den Spruchämtern Böble, Verbeke, Belmarstein und Wetter statt. Diese Spruchämtern sind bisher zum größten Teil von Besitzern aus den Reihen der sogenannten „freien“ Gewerkschaften besetzt. Im diesen Zuständen ein Ende zu bereiten, haben unsere in Betracht kommenden Ortsvereine und Ortsverbände mit den christlichen Gewerkschaften sowie den evangelischen und katholischen Arbeitervereinen ein Kompromiß abgeschlossen und eine gemeinsame Liste aufgestellt. Die Vorstände unserer Ortsvereine sind ebenso wie die Ortsverbandsleitungen nunmehr verpflichtet, mit aller Energie darauf zu sehen, daß am Wahltage auch jedes wahlberechtigte Mitglied an der Urne erscheint und für die gemeinsame Liste seine Stimme abgibt. Nur dann wird es möglich sein, unsere Willen durchzusetzen, wenn alle Kollegen sich den von der Mehrheit gefassten Beschlüssen fügen und auch dementsprechend handeln. Wenn jemand diese Beschlüsse nicht respektieren sollte, würde er gegen die im Gewerverein übliche Solidarität verstoßen. Wir erwarten deshalb bestimmt von unsern Mitgliedern, daß sie alle Anweisungen und Parolen strikte befolgen und damit den Sieg herbeiführen helfen.

Verbands-Zeile

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewervereine (H.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewervereine, Greifswalderstr. 221-23. Mittwoch, 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr Korrespondenz des Kollegen **Pott** über: „Die Reform des Arbeitsrechts“. Gäste willkommen. **Gewervereins-Liebertafel (H.-D.).** Jeden Donnerstags, abends 9—11 Uhr. Verbandslokal im Verbandsbau d. Deutschen Gewervereine (Grüner Saal). Gäste willkommen. **Fabrik-u. Handarbeiter L. Sonnenabend, 30. Nov.,** abends 9 Uhr General-Versammlung bei Fischer, Tempelhofstraße 20 a. Vorstandswahl.

Orts- und Bezirksverbände.
Bremen (Ortsverband). Jeden 1. Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr Vertreterversammlung im Kurhofs Gesellschaftshaus, Reffenstr. 1. Bremen (Distriktsklub). Jeden Donnerstag abends 9 Uhr bei Burhop, Reffenstr. 21-23. **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2 u. 4. Donnerstag im Monat bei Junken, Sandwerferstr. 42. **Deffau. Gewervereins-Liebertafel** jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr. Liebigstr. 1. Vereinsk. „Fasan“, Marktstr. **Dörfelberg (Volkswirtschaftsschule).** Jeden Montag, abends von 9-11 Uhr Sitzung i. Verbandsbau, Ruffenstr. 29. **Eberfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Vertreterversammlung bei Roggenkämper, Eberfeld, Kullenstr. und Erholungstr. 44e. **Frankfurt a. O. (Gewervereinsklub).** Jeden Freitag von 8—10 Uhr. Liebigshaus im Vereinsk. Lokal, Richtigstr. 16. Verbandskollegen herzlich willkommen! **Geisenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Ortsverbands-Vertreterversammlung im Vereinsk. Lokal von E. Simon, Alter Markt. **Goarnd. N. Nagen.** Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Diskussionsabend bei Lubewig. **Halle a. S. (Ortsverband).** Erster Diskussionsabend am 30. November, abends 8 1/2 Uhr im „Partyschützen“ Anhalterstr. 11. Vortrag des Kol. Wagner über: „Die Zuckerverfabrikation“. Gewervereinskollegen herzlich willkommen. **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Dienstag, abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Wieshof“, Lagerstraße 2. Diskussionsabend. **Hamburg (Gewervereinsliebertafel).** Jeden Donnerstag, Liebigstr. 5. **Hilbert in Altona, Gimsbühlstr. 48-50.** **Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband).** Monatsvers. der Jugendabtl. am Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats morg. 10 Uhr in Linden bei Herrn Stietmeyer. **Herne in Westf. (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat vorm. 11 Uhr Vertreterversammlung bei Witte Wilh. Ruhe, Herne, gegenüber der evang. Kirche. **Herrshagen (Distriktsklub).** Jeden 2. Mittwoch bei Hilpe. **Leipzig (Gewervereins-Liebertafel).** Die Liebigshaus sind jeden Mittwoch abends 9—11 Uhr im Vereinsk. Lokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, Patt. Gäste und stimmberechtigte Mitglieder sind herzlich willkommen. **Mühlheim-Nahrg.** Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 10 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 38. **Stettin (Sängerchor u. Gewervereine).** Die Liebigshaus sind jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Lokal Weill, Poststraße 5, Patt. Stimmberechtigte Kollegen herzlich willkommen. **Zeig (Distriktsklub für Zeig, Postwald u. Reinholdsdorf).** Sitzung jeden Dienstag, abends 8-10 Uhr bei Kömer, Schlieperstraße 28, Ecke Schönbergerstraße. **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolet, Mauerstr. 62. **Uckermark u. Umgegend (Ortsverband).** Am 15. Dez., nachmittags 3 Uhr Generalversammlung in Torgelow. **Wesphalens a. S. (Gesangsabteilung der Gewervereine).** Liebigshaus jeden Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinsk. Lokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. **Wesphalens (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat Distriktsklub in Hermanns Garten. **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abends 9 1/2 Uhr, Singstunde im Verbandslokal „Weinthal“.

Briefkasten.

J. A. in Gln a. Rh. Die betreffende Notiz ist dem Charakter des Zentralorgans entsprechend in einigen Teilen gekürzt worden. Dadurch erübrigt sich wohl die Berücksichtigung.

Anzeigen-Zeile

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Zur gef. Beachtung!

Zum bevorstehenden Weihnachtsfest und zu den von den Ortsvereinen zu veranstaltenden Weihnachtsfeiern empfehle mein reichhaltiges Lager vorzüglicher

Honigkuchen

vom besten Honig und Gewürz zubereitet. Als besonders schmackhaft empfehle die beliebten **Thormer Pfefferkuchen**, ebenso die feinen **Makronen, Kaffee-, Straßburger, Wiener Herren-, Frankfurter Matronen-, Nuss- und Schokoladen-Pakete**, sowie die **H. Pralinen, Nüsse und Marzipan-Kuchen**.

Nabatt pro 3,00 Mark = 1,00 Mark.

Nabatt pro 1,50 Mark = 0,50 Mark.

Bestellungen nach auswärts werden prompt besorgt.

Konditorei und Honigkuchenfabrik

Wilhelm Kraus

Verbandslokal der Deutschen Gewervereine

Berlin, Greifswalderstr. 221. Tel.: Königsplatz 7986.

Brandenburg a. S. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsmitglied von 50 Pf., Sonntag und Feiertag 75 Pf., beim Ortsverbandskassierer **G. Reumann**, Hünenstraße 19.

Elpolda (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Inaktiver, bei ihr in Ortsvereinskassierer, **Polgen**, deren Ortsverein nicht vertreten, beim Ortsverbandskassierer **R. Stein**, Zähringergasse 4.

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Mitgliederkarte im Werte von 1,20 M. beim Kollegen **Emil Schmidt**, Stettin, Ballwerf 29 im Laden. Die Verbandsbesuche befinden sich Ellabethstraße 49 (Näheres Sachmittelsakt).

Döbeln. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Nachtquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen **Beuchel** in Steigerns Kohlenhandlung, Zwingerstraße, zu entnehmen.

FAHNEN

Abzeichen u. sämtl. Vereinsbedarf gut u. billig bei **Th. Berkop, Oppeln.**

Hamburg-Altona. Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten für 2 Tage Unterbringung, Karten sind bei den Ortsvereinskassierern oder bei dem Ortsverbandskassierer **F. Schula**, Hamburg, Köniqstr. 36 III erhältlich.

Dortmund (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten Ortsmitgliedskarte, Gewervereinsbureau, Rrimstr. 7. Dasselbst befindet sich auch d. Arbeitsnachweis.

Kagen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 M. Reiseunterstützung in dem Arbeitersekretariat Kagen, Adalbertssteinweg 71.

Schwelm (Ortsverband). Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten 75 Pf. Unterbringung beim Ortsverbandskassierer **Ernst Dreuer**, Kaiserstr. 5.

Ladenscheid (Ortsverband). Der Arbeitsnachweis sowie Ortsverbandskassierer befindet sich beim Sekretär **Friz Kunze**, Lohrerstr. 12.

Zur Feier

Stiftungsfeiern, Mitgliedsjubiläen usw.

empfehlen wir den Ortsvereinen und Ortsverbänden zur Anschaffung:

das lebenswahre Bild unseres verstorbenen Anwalts

Dr. W. Girsch,

künstlerisch ausgeführte Photographie (Aufnahme aus den letzten Lebensjahren) im Karton 46x56 cm groß, zum Preise von

15 Mfr. portofrei.

Berner empfehlen wir die vom Bildhauer Dorn nach dem Leben modellierte Büste des Verbandsanwalts zum Preise von **9 Mfr.** für Berlin, und für auswärts mit bahnfertiger Rifenverpackung

12 Mfr., ohne Frachtkosten.

Zum **Wohnungsschmuck** für Verbandsgenossen sind noch vorräthig Bilder des Anwalts in seinem Kupferdruck, 16x28 cm groß, zum Preise von **50 Pf.**

Die Beträge müssen vorher an Verbandskassierer **R. Klein**, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221-23 eingekandt werden.